

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 29. Januar 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	39, 40
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Dr. Luft, Christa (PDS)	4, 5
Behrendt, Wolfgang (SPD)	6, 23	Nitsch, Egbert (Rendsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 65
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	55, 56	Rehbock-Zureich, Karin (SPD)	33, 34
Dr. Dobberthien, Marliese (SPD)	37, 38	Schmidt, Albert (Hitzhofen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS)	57	Schmidt-Zadel, Regina (SPD)	49
Erler, Gernot (SPD)	7, 17	Schulze, Frederick (CDU/CSU)	2
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	32	Schwanitz, Rolf (SPD)	18, 19
Ganseforth, Monika (SPD)	35, 36	Seuster, Lisa (SPD)	51
Hagemann, Klaus (SPD)	1, 9	Steen, Antje-Marie (SPD)	46, 47
Hanewinkel, Christel (SPD)	50	Stiegler, Ludwig (SPD)	8
Heyne, Kristin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59	Dr. Struck, Peter (SPD)	10, 11
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	41, 42	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	14, 28	Tappe, Joachim (SPD)	52, 53
Dr. Kiper, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Teiser, Michael (CDU/CSU)	3
Kirschner, Klaus (SPD)	48	Tippach, Steffen (PDS)	20, 21
Köhne, Rolf (PDS)	22	Wallow, Hans (SPD)	29, 70
Körper, Fritz Rudolf (SPD)	24, 25	Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)	68, 69
Krüger, Thomas (SPD)	26, 27	Wester, Hildegard (SPD)	44, 45
Kubatschka, Horst (SPD)	43, 54	Wohlleben, Verena (SPD)	30, 31

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Klaus
Hagemann
(SPD) | Wie sehen die inhaltlichen und zeitlichen Vorstellungen der Bundesregierung zur Schaffung eines zivilen Friedensdienstes für junge Deutsche im einzelnen konkret aus, für den sich der Bundeskanzler anlässlich eines Gesprächs mit dem Christlichen Verein Junger Männer (CVJM) ausgesprochen hat? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|--|---|
| 2. Abgeordneter
Frederick
Schulze
(CDU/CSU) | Welche Initiativen hat die Bundesregierung unternommen, um deutsche Staatsbürger in ihrem Besitzstand bei Time-Share-Wohnrechten im EU-Ausland vor Mißbrauch zu schützen, der durch Kapitalverschiebungen ohne grundbuchliche Absicherung herbeigeführt wird? |
| 3. Abgeordneter
Michael
Teiser
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung, im Zuge der anstehenden Strafrechtsreform nach der erfolgten gesetzlichen Gleichstellung von nichtehelichen Kindern mit ehelichen Kindern den § 217 StGB aus dem Gesetz zu streichen oder ihn dahin gehend zu verändern, daß der Begriff „nichtehelich“ aus dem § 217 StGB gestrichen wird? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

- | | |
|--|---|
| 4. Abgeordnete
Dr. Christa
Luft
(PDS) | Welche Angaben liegen der Bundesregierung über die Rentabilitätslage von Unternehmen vor, die Massenentlassungen vornehmen bzw. für 1997 angekündigt haben? |
|--|---|

5. Abgeordnete
**Dr. Christa
Luft**
(PDS)
- Wie viele Unternehmen haben eine Gewinnentwicklung von über zehn Prozent und entlassen mehr als zehn Prozent, und wie viele Unternehmen entlassen mehr als fünf Prozent ihrer Beschäftigten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordneter
**Wolfgang
Behrendt**
(SPD)
- Trifft es zu, daß um die geplante Antennenanlage der Bundeswehr in Berlin-Gatow unterschiedliche Schutzzonen vorgesehen sind, in denen u. a. elektrische Anlagen sowie Bauten genehmigungspflichtig sind, und inwieweit können sich daraus Auswirkungen auf die Anwohner bzw. auf künftige Planungsmaßnahmen ergeben?
7. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welche Auswirkungen wird diese Entscheidung der polnischen Regierung (Auftrag zur Ausrüstung der polnischen Landstreitkräfte mit einem Kommunikationssystem an die französische Firma Thomson) auf die zahlreichen bisher vorgesehenen Projekte der deutsch-polnischen Rüstungskooperation haben? *)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

8. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Kooperationsvertrag zwischen der Deutschen Post AG und der Deutschen Postbank AG über die gemeinsame Nutzung der Schalter die Deutsche Post AG dazu führt, daß es nunmehr sogar zu Schließungen aller Postfilialen in Städten wie Mitterteich und Tirschenreuth mit immerhin rund 10 000 Einwohnern kommen wird, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um die im Infrastrukturauftrag festgelegte flächendeckende, ausreichende und angemessene Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Mitterteich und Tirschenreuth mit Postdienstleistungen sicherzustellen und drohende Standortnachteile für die ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen abzuwenden?

*) s. hierzu Frage 17

9. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)

Inwieweit trifft es zu, daß die Aussagen der Mitglieder des Landtages Rheinland-Pfalz, Franz Schwarz und Hannelore Klamm, in der Allgemeinen Zeitung vom 20. Januar 1997, wonach sich die Deutsche Post AG bei der Gestaltung des Filialnetzes nicht an die Beschlüsse des Regulierungsrates hält, und inwieweit werden die Gemeinden und die Mitarbeiter der Deutschen Post AG in die Neuordnungskonzepte einbezogen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

10. Abgeordneter
**Dr. Peter
Struck**
(SPD)

Wie oft und von wem sind in den Jahren 1982 bis 1996 Flüge des Bundeskanzlers und des jeweiligen Chefs des Bundeskanzleramtes bzw. der jeweiligen Minister im Bundeskanzleramt mit Hubschraubern des Bundesgrenzschutzes von Dritten finanziert worden?

11. Abgeordneter
**Dr. Peter
Struck**
(SPD)

Handelt es sich bei den Flügen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Bundesminister Friedrich Bohl am 19. Dezember 1995 (s. DER SPIEGEL vom 20. Januar 1997) von Bonn nach Kitzingen um einen Betriebsausflug mit den engeren Mitarbeitern des Bundeskanzlers, und trifft es zu, daß der Rückflug eines Hubschraubers nach Bonn nur mit einer Person erfolgte?

12. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft die Behauptung des US-amerikanischen Botschafters in Kolumbien, Frechette, zu, wonach der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer, im Juli 1996 der US-amerikanischen Botschaft in Bonn den Vorschlag übermittelt habe, über den Agenten der Bundesregierung Werner Mauss Befriedungsgespräche mit dem kolumbianischen Drogenkartell von Call führen zu lassen, was die Vertreter der USA strikt abgelehnt hätten (El Tiempo vom 18. Januar 1997, Frankfurter Rundschau vom 23. Januar 1997), und welche Angaben kann die Bundesregierung ggf. über den genauen Zeitpunkt, Inhalt, Übermittler, Adressaten und Wiederhall dieses Vorschlags machen?

13. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sofern die Aussagen des US-amerikanischen Botschafters in Kolumbien über von deutscher Seite angeregte Befriedungsinitiativen gegenüber kolumbianischen Drogenhändlern grundsätzlich zutreffen, in welchem Verhältnis hierzu stehen das entsprechende Dementi der Deutschen Botschaft in Kolumbien (Frankfurter Rundschau, 23. Januar 1997) sowie die Antwort von Staatsminister Bernd Schmidbauer auf meine Frage 36 in Drucksache 13/6446 (Fragestunde vom 11. Dezember 1996), nicht er selbst, sondern lediglich ihm bekannte Dritte hätten dahin gehende Überlegungen angestellt, und welcher außenpolitische Schaden im Verhältnis zur USA ist der Bundesrepublik Deutschland durch diese den Interessen der USA zuwiderlaufenden Pläne entstanden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

14. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die deutsch-tschechische Erklärung den Anspruch der Sudetendeutschen auf Rückgabe ihrer 1945/46 von der Tschechoslowakei konfiszierten Vermögenswerte aufgrund der in der Erklärung enthaltenen Aussage aufhebt oder beendet, wonach sowohl die Regierung der Bundesrepublik Deutschland als auch die Regierung der Tschechischen Republik die jeweils andere Rechtsauffassung respektieren und ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit her rührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden?

15. Abgeordnete
**Marieluise
Beck**
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es im nördlichen Grenzbereich Kroatiens zur Bosnisch-Kroatischen Konföderation beim Übergang über die Save nur drei Fähren gibt, von denen eine nur die Beförderung von Kroaten gestattet, und wie gedenkt die Bundesregierung als Mitglied der Kontaktgruppe gegen diese nationalistische Aussonderungspolitik vorzugehen?

16. Abgeordnete
**Marieluise
Beck**
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was tut die Bundesregierung, um nachhaltig auf den Bau der Brücke über die Save zu dringen, die bereits 1996 gebaut werden sollte, damit ein problemloser Übertritt in die Bosnisch-Kroatische Konföderation ermöglicht werden kann, und wofür der kroatischen Regierung europäische Gelder zur Verfügung gestellt worden waren?

17. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Erwägt die Bundesregierung diplomatische Schritte aufgrund der Tatsache, daß nach Zeitungsberichten die polnische Regierung einen umfangreichen Auftrag zur Ausrüstung der polnischen Landstreitkräfte mit einem modernen, den NATO-Anforderungen entsprechenden Kommunikationssystem, an die französische Firma Thomson vergeben hat, obwohl das Angebot der deutschen Firma Alcatel sowohl qualitativ wie preislich günstiger war?
18. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)
- Welchen vollständigen Wortlaut hat der von Bundesminister Friedrich Bohl im Plenum des Deutschen Bundestages am 16. Januar 1997 zitierte Brief des russischen Außenministers Primakow an den Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, vom 10. Dezember 1996?
19. Abgeordneter
Rolf Schwanitz
(SPD)
- Wann will die Bundesregierung mit welchem Inhalt auf diesen Brief antworten?
20. Abgeordneter
Steffen Tippach
(PDS)
- Welche Konsequenzen bez. der bilateralen Beziehungen zur Türkei wird die Bundesregierung aus dem Urteil des Frankfurter Landgerichts vom 21. Januar 1997 ziehen, bei dem drei Drogendealer italienischer, belgischer und türkischer Herkunft zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden, die laut Urteilsbegründung den Heroinhandel – „gedeckt“ von der türkischen Regierung – von der Türkei nach Europa mit zwei bekannten in Istanbul ansässigen türkischen Familien organisierten, die wiederum über beste Kontakte zu einer Ministerin der türkischen Regierung pflegten, deren Name laut dpa-Meldung vom 22. Januar 1997 auf Nachfrage vom Vorsitzenden Richter mit Tansu Çiller angegeben wurde?
21. Abgeordneter
Steffen Tippach
(PDS)
- Welchen Inhalt hatten die Gespräche des deutschen Botschaftsvertreters, der einer dpa-Meldung vom 22. Januar 1997 zufolge aufgrund der Nachricht über dieses Gerichtsurteil in der Nacht zum Mittwoch in Ankara „ins türkische Außenministerium zitiert“ wurde sowie die Vorstellung des türkischen Botschafters beim Auswärtigen Amt in Bonn in der gleichen Sache?

22. Abgeordneter
Rolf Köhne
(PDS)
- Unterstützt die Bundesregierung die Forderung des deutschen Botschafters Wolfgang Hoffmann (Genf) gegenüber delegierten der Teilnehmerstaaten an der VN-Abrüstungskonferenz nach Verbot der Produktion von waffentauglichem Nuklearmaterial (s. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 24. Januar 1997)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

23. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den durch die Flugzeugentführung am 7. Januar 1997 zutage getretenen Sicherheitsmängel im Flughafen Berlin-Tegel ziehen, und wird die Bundesregierung die entsprechenden Sicherheitsbestimmungen ändern?
24. Abgeordneter
Fritz Rudolf Körper
(SPD)
- Stellt das Bundesministerium des Innern bei der Übertragung von Fluggastkontrollen an private Unternehmen die gleichen Anforderungen hinsichtlich des Personals wie bei Fluggastkontrollen des Bundesgrenzschutzes (zweimonatige Ausbildung, Ausbildungspläne und Prüfungsvorschriften), und wie wurde die Erfüllung dieser oder evtl. geringerer Anforderungen bei der SECURITAS Aviation Services GmbH festgestellt, die nach einem Bericht der Berliner Zeitung vom 9. Januar 1997 erst nach der Auftragserteilung für die Fluggastkontrolle in Berlin-Tegel Anfang November 1996 Personal suchte und ausbildete?
25. Abgeordneter
Fritz Rudolf Körper
(SPD)
- Trifft es zu, daß ein ehemaliger Kommandeur der Grenzschutzgruppe 9 noch im vergangenen Jahr ein privates Sicherheitsunternehmen beraten hat, das (Mehrheits-) Gesellschafter der jetzt mit der Fluggastkontrolle in Berlin-Tegel betrauten SECURITAS Aviation Services GmbH ist, und hat dieser Ruhestandsbeamte Gespräche mit dem Bundesministerium des Innern in bezug auf die Auftragsvergabe geführt?
26. Abgeordneter
Thomas Krüger
(SPD)
- Trifft es zu, daß nach der versuchten Flugzeugentführung am 8. Januar 1997 sechzig (60) Polizeivollzugsbeamte des Bundesgrenzschutzes aus der Grenzschutzabteilung Ost 2 in Blumberg bei Berlin zum Flughafen Tegel abgeordnet wurden, und wie hoch sind die Kosten zu veranschlagen, die sich durch diese Verstärkung der an sich privatisierten Fluggastkontrolle ergeben?

27. Abgeordneter
Thomas Krüger
(SPD)
- Wie wird generell auf deutschen Flughäfen überprüft, ob die vorgeschriebene Gepäckkontrolle, z. B. zwanzig Prozent des durchleuchteten Handgepäckes nochmals per Hand zu durchsuchen, tatsächlich erfolgt, zumal viel dafür spricht, daß diese Vorschriften aufgrund des Personalansatzes gar nicht einzuhalten sind?
28. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Wie viele türkische Staatsbürger haben jeweils in den Jahren 1994, 1995 und 1996 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

29. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Warum war das Bundesministerium der Finanzen bislang nicht in der Lage, verbindlich mitzuteilen, zu welchen Konditionen die Deutsche Post AG in Bonn ein bundeseigenes Grundstück in Nachbarschaft zum Schürmann-Bau erwerben kann, und wann ist mit dieser Mitteilung zu rechnen?
30. Abgeordnete
Verena Wohlleben
(SPD)
- Wie prognostiziert die Bundesregierung die Entwicklung des Zinsniveaus in der Bundesrepublik Deutschland nach Einführung des EURO?
31. Abgeordnete
Verena Wohlleben
(SPD)
- Wie prognostiziert die Bundesregierung die Entwicklung der Anlagefreundlichkeit ausländischer Investoren in der Bundesrepublik Deutschland nach Einführung des EURO?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

32. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Wie verteilen sich die wegen der vom Deutschen Bundestag beschlossenen Sparmaßnahmen von den Versicherungsträgern durchgeführten Bettenreduzierungen in Rehabilitationskliniken auf

- Eigeneinrichtungen der Versicherungsträger und vertraglich in Anspruch genommene Reha-Einrichtungen, und wie wird die Bundesregierung die im Deutschen Bundestag beschlossene, im Vermittlungsausschuß aber gescheiterte gleichmäßige Verteilung der Reduzierungen auf eigene und vertragliche Einrichtungen sicherstellen?
33. Abgeordnete
**Karin
Rehbock-Zureich**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung ihre Zustimmung zu dem auf der Tagung des Rates der Europäischen Union (Arbeit und Sozialfragen) am 2. Dezember 1996 erarbeiteten Kompromißtext zum Vorschlag der EU-Kommission für eine „Richtlinie des Rates zur Beweislast bei geschlechtsbedingter Diskriminierung“ [KOM(96) 340, endg.] von der Streichung des Artikels 5 abhängig machte, und wenn ja, warum?
34. Abgeordnete
**Karin
Rehbock-Zureich**
(SPD)
- Aus welchem Grund hat sich die Bundesregierung nicht dem Bestreben der EU-Mitgliedsländer Finnland und Schweden angeschlossen, die es vorgezogen hätten, wenn die Richtlinie eine Bestimmung enthalten hätte, der zufolge die Mitgliedstaaten gemäß ihren nationalen Gerichtsbarkeiten die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen haben, nach denen die klagende Partei nicht den Beweis der Diskriminierungsabsicht des Beklagten erbringen muß, um die Verletzung des Verbots der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu beweisen?
35. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der EU-Kommission in ihrem Vorschlag für eine „Richtlinie des Rates zur Beweislast bei geschlechtsbedingter Diskriminierung“ [KOM(96) 340, endg.] vom 17. Juli 1996 eingeräumte Möglichkeit zur Umkehr der Beweislast in Bezug auf die Feststellung der Existenz einer geschlechtsbedingten Diskriminierung?
36. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)
- Entspricht es den Tatsachen, daß sich die Bundesregierung ursprünglich für die Streichung der Definition der mittelbaren Diskriminierung eingesetzt hat, und wenn ja, warum?
37. Abgeordnete
**Dr. Marliese
Dobberthien**
(SPD)
- Welche für die Bundesregierung nicht hinnehmbaren Veränderungen in der bundesdeutschen Gesetzeslage wären eingetreten, wenn die Artikel des Vorschlags der EU-Kommission für eine „Richtlinie des Rates zur Beweislast bei geschlechtsbedingter Diskriminierung“ [KOM(96) 340, endg.] vom 17. Juli 1996 unverändert übernommen worden wären?

38. Abgeordnete
Dr. Marliese Dobberthien
(SPD)
- Wie lassen sich die unter Beteiligung der Bundesregierung vorgenommenen Änderungen im oben angeführten Kommissionsvorschlag durch den EU-Ministerrat mit der von der Bundesregierung mitunterzeichneten Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 vereinbaren, die u. a. die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen, so auch im Berufsleben, vorsieht?
39. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß in vielen Arbeitsämtern neue Maßnahmen nach dem AFG nicht mehr genehmigt werden, obwohl der entsprechende Haushaltstitel in gekürzter Form noch vorhanden ist?
40. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Angaben über die Höhe der genehmigten Mittel im Bereich Bildungs-, Arbeitsbeschaffungs- und Rehamassnahmen machen, und welche Gegenmaßnahmen unternimmt sie, um zu verhindern, daß die Haushaltsfestschreibung, die sie der Bundesanstalt für Arbeit verordnet hat, zu einem Kahlschlag, insbesondere in den o. g. Bereichen führen und weitere Menschen in Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe abdrängen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

41. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und die Niederlande seit 1990 den Richtlinienvorschlag der Kommission der Europäischen Union im Ministerrat über ein Verbot bzw. eine weitere Einschränkung der Tabakwerbung blockieren?
42. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Ist es zutreffend, daß sich Mitglieder der Bundesregierung mündlich oder schriftlich und mit Erfolg dafür eingesetzt haben, daß bei Formel-1-Rennen auf dem Nürburgring entgegen der Selbstbeschränkungsvereinbarung der Zigarettenindustrie für Zigaretten und Tabak an den eingesetzten Rennwagen und an der Kleidung der Fahrer geworben wird?

- | | |
|---|---|
| 43. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den zum Teil 50- bis 70-prozentigen Einkommenseinbußen bei selbständigen Masseuren und Krankengymnasten entgegenzuwirken? |
| 44. Abgeordnete
Hildegard Wester
(SPD) | Sieht die Bundesregierung spezifische Anforderungen an Therapiekonzepte bei Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren, und wenn ja, welche? |
| 45. Abgeordnete
Hildegard Wester
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren außerhalb von Einrichtungen des Müttergenesungswerkes durchzuführen, und sind der Bundesregierung Bestrebungen von Krankenkassen in diese Richtung bekannt? |
| 46. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der Inanspruchnahme von Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren in den letzten Jahren, und wie hat sich speziell in den neuen Bundesländern die Inanspruchnahme entwickelt? |
| 47. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD) | Kann die Bundesregierung den in der Presse (s. z. B. am 6. Januar 1997 DER SPIEGEL und am 17. Januar 1997 Frankfurter Rundschau) gemeldeten, starken Rückgang der Inanspruchnahme von Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren in den letzten Monaten bestätigen, und wenn ja, worauf ist dieser Rückgang nach Ansicht der Bundesregierung zurückzuführen? |
| 48. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über soziale, wirtschaftliche und familiäre Merkmale von Müttern, die Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren in Anspruch nehmen? |
| 49. Abgeordnete
Regina Schmidt-Zadel
(SPD) | Wie reagiert die Bundesregierung auf bereits erfolgte und angekündigte Satzungsänderungen von Krankenkassen mit dem Ziel, die Kostenübernahme bei Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren zu reduzieren? |
| 50. Abgeordnete
Christel Hanewinkel
(SPD) | Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen den von ihr betriebenen und beschlossenen Kürzungen bei Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen und den massiven Problemen bei der Beantragung und Finanzierung von Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren? |

51. Abgeordnete
**Lisa
Seuster**
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung der Verunsicherung von Müttern und deren Familien bei der Beantragung von Mütterkuren und Mutter-Kind-Kuren entgegenreten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

52. Abgeordneter
**Joachim
Tappe**
(SPD)
- Wie weit sind die Planungen für die A 38 im Bereich des Anschlusses A 7 bis zur thüringischen Landesgrenze gediehen, und welche Auf- und Abfahrten sind geplant?
53. Abgeordneter
**Joachim
Tappe**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die verschiedenen Planungsvarianten für die Zufahrten von der B 27 und der B 80 zur A 38, und welche Auswirkungen haben die Zubringervarianten auf den Planfeststellungsbeschuß zur B 27 Eichenberger Kopf?
54. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Zeigt nach Ansicht der Bundesregierung die Tatsache, daß die bislang einzige Container-Schiffslinie zwischen Wien und den Benelux-Staaten zukünftig die Container per Nachtzug zwischen Regensburg und Ludwigshafen transportieren wird und dies damit begründet, die Passage des Main-Donau-Kanals sei aufgrund seiner 52 Schleusen zu zeitraubend, daß der ursprünglich geplante Ausbau der Donau mit Staustufen sich durch die Verlängerung der Fahrzeit sogar negativ für den Containerschiffsverkehr hätte auswirken können?
55. Abgeordneter
**Hans
Büttner**
(Ingolstadt)
(SPD)
- Wie viele Unfälle mit Gefahrguttransporten gab es 1996 auf bundesdeutschen Autobahnen und auf Bundesstraßen?
56. Abgeordneter
**Hans
Büttner**
(Ingolstadt)
(SPD)
- An wie vielen dieser Unfälle waren Transporte beteiligt, bei denen Gefahrgute aus dem Ausland nach Deutschland transportiert bzw. aus Deutschland in das Ausland transportiert wurden?

57. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(PDS)
- Aus welchen Gründen verzögert sich die Vorlage des Gesamtergebnisses der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Transrapid von Herbst 1996 auf März/April 1997?
58. Abgeordnete
**Kristin
Heyne**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt der Bundesminister für Verkehr, noch vor Abschluß der Wirtschaftlichkeitsprüfung für die Transrapid-Strecke Hamburg — Berlin die zusätzlich im Haushaltsplan veranschlagten 200 Mio. DM für die Teststrecke im Emsland auszugeben bzw. diesbezüglich Verpflichtungen einzugehen, und falls ja, in welcher Höhe?
59. Abgeordnete
**Kristin
Heyne**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche besonderen Umstände führen zu der erheblichen Verzögerung der ursprünglich für den Herbst 1996 angekündigten Wirtschaftlichkeitsberechnung für die obengenannte Strecke?
60. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmen Presseberichte (u. a. Handelsblatt vom 22. Januar 1997) mit dem Informationsstand der Bundesregierung überein, wonach sich die Kosten für den Fahrweg des Transrapid um rund 30 Prozent erhöht haben und eine Erhöhung des Bundesanteils in Höhe von 5,6 Mrd. DM an den Kosten des Fahrwegs zu erwarten sei, und wenn nicht, welche Kostensteigerungen und Erhöhungen des Bundesanteils haben sich nach Kenntnisstand der Bundesregierung ergeben?
61. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung für eine anderweitige Verwendung der im Bundeshaushalt eingestellten Transrapid-Mittel nach Mitte März 1997 Vorsorge getroffen, wenn seitens der Industrie, des Bundesministeriums für Verkehr oder des Kabinetts eine negative Beurteilung des Transrapid-Projektes vorliegt, und um welche Verwendung handelt es sich?
62. Abgeordneter
**Albert
Schmidt
(Hitzhofen)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung Presseberichte (Handelsblatt vom 22. Januar 1997) bestätigen, nach denen pro Passagier und Kilometer Durchschnittserlöse von 47 bis 60 Pfennig erzielt werden müssen, um einen wirtschaftlichen Betrieb des Transrapid zu gewährleisten, und wenn nein, kann sie solche Kostensteigerungen ausschließen?

63. Abgeordneter
Albert Schmidt
(Hitzhofen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die obengenannten Durchschnittserlöse, insbesondere vor dem Hintergrund, daß die Durchschnittserlöse beim InterCityExpressverkehr bei kanpp 20 Pfennig pro Kilometer liegen, für erzielbar, und wenn nein, welche Durchschnittserlöse hält die Bundesregierung auf der Transrapid-Strecke zwischen Hamburg und Berlin für realistisch?
64. Abgeordneter
Egbert Nitsch
(Rendsburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird der Zeitplan für das Transrapid-Projekt durch die Verzögerungen infolge gravierender Fehler im Raumordnungsverfahren Berlin verzögert, und wie groß ist die Verzögerung für das Gesamtprojekt?
65. Abgeordneter
Egbert Nitsch
(Rendsburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung die Grundlagen für die jetzt durchgeführte Neuberechnung der für einen wirtschaftlichen Betrieb des Transrapid notwendigen Durchschnittserlöse, die ein Ergebnis von 47 bis 60 Pfennig pro Passagier und Kilometer (Handelsblatt vom 22. Januar 1997) ergab, bekannt, und wie lauten sie in bezug auf Fahrgastzahlen, zurückgelegte Personenkilometer und Investitionskosten für Fahrzeugmaterial und Fahrweg?
66. Abgeordneter
Dr. Manuel Kiper
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche technischen Probleme (vgl. Handelsblatt vom 22. Januar 1997, taz vom 27. November 1996) bei der Errichtung des Fahrwegs des Transrapid bestehen nach Erkenntnissen der Bundesregierung zum heutigen Tag noch, und konnten die bekannten Materialprobleme im Bereich Betonbau (Rißbildung), Befestigung (Abriß der Stahlbolzen) und Weichentechnik vollständig behoben werden?
67. Abgeordneter
Dr. Manuel Kiper
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gedenkt die Bundesregierung trotz der neu vorgelegten Prognosen zu Fahrgastvolumen, zurückgelegten Personenkilometern und Wirtschaftlichkeit des Transrapid weiterhin die in der mittelfristigen Finanzplanung des Forschungshaushaltes zur Ertüchtigung der Transrapid-Teststrecke im Emsland und zur weiteren Vorbereitung der Zulassungsfahrten des Transrapid auf der Emslandstrecke eingestellten 200 Mio. DM zu verausgaben, oder gedenkt sie andere Forschungsvorhaben etwa im Bereich der Bahnforschung alternativ zu forcieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

**68. Abgeordneter
Klaus-Jürgen
Warnick
(PDS)**

Warum antwortete die Bundesregierung auf meine Frage 120 in Drucksache 13/6665 („Welche Argumente gibt es für und gegen den bundeseigenen Standort in Berlin-Karlshorst als künftigen Sitz des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, und wie lautet die Antwort der Bundesregierung auf einen diesbezüglichen Vorschlag des Bürgermeisters von Berlin-Lichtenberg . . .?“) mit der Feststellung: „Die Entscheidung zur Unterbringung des Bundesministeriums . . . ist noch nicht gefallen. In die Prüfung werden verschiedene bundeseigene Gebäude einbezogen.“, obwohl der Bürgermeister Dr. Wolfram Friedersdorff bereits am 7. Oktober 1996 von Bundesminister Dr. Klaus Töpfer als Antwort erhielt: „Die ehemalige Reichspionierschule kommt als Sitz einer Bundeseinrichtung, insbesondere des Bundesbauministeriums nicht in Betracht, da die Konzeption der Bundesregierung eine zentrale Unterbringung der einzelnen Ministerialstandorte in der Berliner Mitte vorsieht . . .“?

**69. Abgeordneter
Klaus-Jürgen
Warnick
(PDS)**

Welche bundeseigenen Gebäude wurden bzw. werden in die Prüfung auf Eignung zur Unterbringung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau einbezogen, und welche Prüfungsergebnisse gibt es bis heute?

**70. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD)**

Wird bei Neueinstellungen im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Bereitschaft zum späteren Wechsel an den zweiten Dienstsitz in der Bundesstadt Bonn in den Arbeitsverträgen festgeschrieben, und wenn nein, warum nicht?

Bonn, den 24. Januar 1997